



Auszug aus dem substantziellen Protokoll 185. Ratssitzung vom 8. April 2026

6070. 2025/160

Postulat von Severin Meier (SP), Martin Bürki (FDP) und Markus Knauss (Grüne) vom 16.04.2025:

Unterstützung des Wiederaufbaus und des Erhalts der Ver- und Entsorgungsinfrastruktur in der Ukraine im Rahmen einer Kooperation mit einer Stadt sowie unter Einbezug des Delegierten des Bundesrats für die Ukraine

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Stadtpräsidentin namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

*Severin Meier (SP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 4541/2025): In der Ukraine haben Menschen tagelang keinen Strom. Eltern müssen ihre Kinder waschen, haben aber kein warmes Wasser. Diese unhaltbaren Zustände haben sich in den letzten Monaten, seit die russische Armee vermehrt Angriffe auf die zivile Infrastruktur lanciert, verschlimmert. Die ukrainische Zivilbevölkerung leidet schon seit über vier Jahren unter den Folgen des völkerrechtswidrigen Angriffs des Putin-Regimes auf die Ukraine. Wir in Zürich können zwar nicht viel ausrichten, aber einen kleinen Beitrag dazu leisten, das unnötige menschliche Leid in der Ukraine zu reduzieren. Darum fordern wir mit dem Postulat zu prüfen, wie die Stadt Zürich in den Bereichen Wasserversorgung, Stromversorgung und Abfallentsorgung etwas zur Verbesserung der Infrastruktur einer ukrainischen Stadt beitragen kann. Konkret schweben uns zwei Dinge vor. Erstens sollen Zürcher Expert*innen aus diesen Bereichen in die Ukraine entsendet werden, falls dort momentan Kompetenzen fehlen, weil die benötigten Personen als Soldaten an der Front sind. Zweitens kann Zürich das Zubehör für die Stromerzeugung und Wasserinfrastruktur oder alte Müllwagen, die wir nicht mehr brauchen, der Ukraine überlassen. Das haben wir bereits in Vinnytsya mit der Überlassung von 36 Trams getan. Auch Zürich bringt unser Vorschlag etwas, weil unsere Expert*innen mit wichtigen Erfahrungen aus der Ukraine nach Hause kommen werden. Es freut mich, dass wir das Postulat mit einer breiten Koalition von links bis zur FDP überweisen und der Stadtrat es entgegennimmt. Mit einer raschen Umsetzung kann Zürich einen kleinen Beitrag leisten, um das Leid in der Ukraine zu lindern.*

Johann Widmer (SVP) begründet den von Roger Bartholdi (SVP) namens der SVP-Fraktion am 14. Mai 2025 gestellten Ablehnungsantrag: Angesichts des Chaos in Zürich wird es wohl unmöglich sein, qualifizierte Experten zu finden, die man mit gutem Gewissen dort hinten einsetzen kann. Das ist eine unsinnige Sache. Sie wollen sicher Müllwa-



gen dorthin schicken, damit man für Zürich Elektrofahrzeuge kaufen kann. Wie immer lagern Sie das CO₂-Problem aus. Ich habe schon Leute der Bundesverwaltung bei Auslandseinsätzen beobachtet. Mein Fazit ist kein gutes. Wir müssen nicht so tun, als wüssten wir es besser als die Leute, die selbst in der schlimmen Situation stecken. Es nützt gar nichts, solche Postulate zu überweisen. Lassen wir die Finger von diesem Vorhaben.

Weitere Wortmeldungen:

Moritz Bögli (AL): Wir unterstützen das Postulat. Die humanitäre Situation in der Ukraine ist angespannt. Es wird Unterstützung benötigt. Trotzdem möchte ich einige Punkte kritisieren. Severin Meier (SP) hat zum Glück bereits einiges klargestellt. Die Stadt Zürich kennt ein ähnliches Projekt, in dessen Rahmen seit vielen Jahren mit der Stadt Vinnytsya zusammengearbeitet wird. Dabei ging es nicht nur um die Übersiedelung von Trams, sondern auch um Infrastruktur, städtebauliche Themen sowie die Wasserversorgung, wo man nun ebenfalls kooperiert. Das kann man durchaus weiterführen. Mir ist nicht ganz klar, was das Postulat fordert. Will es diese Kooperation vertiefen oder zusätzliche Arbeit in einer anderen Stadt anstossen? Die Postulierenden sollten sich hierzu etwas mehr Gedanken machen und sich damit auseinandersetzen, was wir in der Ukraine bereits tun. Trotzdem finde ich es wichtig, ein Signal zu senden, dass wir den Wiederaufbau unterstützen wollen. Wir müssen die Sache aber kooperativ angehen und versuchen, voneinander zu lernen. Es soll nicht so sein, dass wir Experten in diese Städte schicken und meinen, wir könnten all ihre Probleme lösen. Das hätte fast neokoloniale Züge.

Dr. Roland Hohmann (Grüne): Johann Widmer (SVP), es nicht angebracht, die Ukraine als «dort hinten» zu bezeichnen. Die Stadt verfügt zudem über hervorragende Spezialisten und es liegt nicht an dir, deren Qualifikationen infrage zu stellen.

Markus Knauss (Grüne): Seit mehr als vier Jahren belagert Russland völkerrechtswidrig die Ukraine. Am meisten beelendet mich, dass wir hier im reichen Zürich sitzen und tatenlos zusehen, wie die zivile Infrastruktur systematisch zerstört wird. Zürich kann durchaus einen Beitrag leisten. Moritz Bögli (AL) hat recht, das Postulat ist offen formuliert. Das ist genau das Ziel. Der Vorstoss soll nichts vorschreiben, sondern die lokalen Bedingungen und die Bevölkerung entscheiden lassen. Wir möchten es nicht besser wissen, sondern die Menschen vor Ort fragen: Welche Hilfestellungen können wir euch anbieten? Was braucht ihr? Dann können wir versuchen zu helfen. Wir setzen ein winziges Zeichen, aber ich bin froh, wenn wir zumindest irgendein Zeichen setzen.

Johann Widmer (SVP): Es handelt sich wie üblich um ein äusserst arrogantes linkes Projekt. Wir schicken unsere Experten dorthin, um der ukrainischen Bevölkerung zu zeigen, wie es geht. Das ist unangebracht. Wahrscheinlich bin ich der Einzige hier, der schon Entsorgungsprojekte in solchen Ländern gesehen hat. Man muss so etwas vorsichtig angehen. Der lokalen Bevölkerung mit Experten von oben herab erklären, wie sie etwas machen sollen, ist nicht der richtige Weg. Das ist der Gipfel der Dekadenz.



3 / 3

Severin Meier (SP): *Wir waren natürlich in Kontakt mit der ukrainischen Botschaft in der Schweiz bezüglich des Postulats. Sie begrüsst das Projekt und hat dies heute wiederholt. Nächste Woche kommt die ukrainische Botschafterin nach Zürich, um die Umsetzung des Postulats zu besprechen. Die Ukraine hält das Projekt wirklich nicht für neokolonial und dekadent. Wir haben nicht spezifiziert, um welche Stadt es geht, damit der Stadtrat die Stadt auswählen kann, die es am meisten braucht und in der die Expertise der Stadt Zürich am besten eingebracht werden kann. Diese Ungenauigkeit war beabsichtigt.*

Andreas Egli (FDP): *Unsere Fraktion hat das Postulat ausgiebig und kontrovers diskutiert. Ein Diskussionspunkt war die Frage, ob wir neokoloniale Arroganz an den Tag legen und meinen, mit dem Vorstoss den Menschen in der Ukraine zeigen zu müssen, wie man es besser macht. Wir sind zum Schluss gekommen, dass dem nicht so ist. Im Gegenteil: Es geht auch darum, dass unsere Experten lernen, wie sie diese Leistungen unter schwierigen Bedingungen erbringen können. Von den Mitarbeitenden der Stadt, des Kantons oder des Bundes, die beteiligt sein werden, erwarte ich, dass sie die Erfahrungen, die sie bei diesem Einsatz machen, später auch in Zürich und in anderen Städten der Schweiz gewinnbringend nutzen. Vor diesem Hintergrund ergibt das Projekt auf jeden Fall Sinn. Es hat nicht im Geringsten mit irgendwelchen kolonialen Ideen zu tun.*

Simon Kälin-Werth (Grüne): *Vermutlich ist dies mein letztes Votum im Zürcher Gemeinderat. Ich möchte denjenigen, die diesem Vorstoss kritisch gegenüberstehen, mitgeben: Solidarisches Handeln in einer Situation menschlicher Not ist immer richtig. Die AL hat bereits erwähnt, dass wir schon Projekte in der Ukraine haben, zum Beispiel die Züri-Trams oder die Wasserversorgung. Letzteres hat die Verwaltung angeregt. Dort gibt es sehr engagierte Menschen, die unterstützend tätig sind. Es geht hier nicht um Postkolonialismus und auch nicht darum, diesen Menschen schlüsselfertige Lösungen zu liefern. Vielmehr soll gemeinsam an der Zukunft gearbeitet und Probleme sollen gelöst werden, die im Alltag eine wichtige Rolle spielen. Hätten Sie beim Vorstoss zur Blue Community aufmerksam zugehört, hätten Sie vielleicht erkannt, dass es um solidarisches Engagement geht. Für die grüne Fraktion ist völlig klar, dass wir diesen Vorstoss mit Begeisterung, Elan und grossem Engagement unterstützen. Er hätte schon früher kommen sollen.*

Das Postulat wird mit 101 gegen 12 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat